

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/9137 –**

### **Net-Zero-Industry-Act zum Motor für den Industriestandort Deutschland machen – Effizient, bürokratiearm und technologieoffen**

#### **A. Problem**

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU betrifft den Vorschlag der Europäischen Kommission für den Net-Zero-Industry-Act (Netto-Null-Industrie-Verordnung), mit dem das regulatorische Umfeld für klimaneutrale Technologien verbessert und diese gefördert werden sollen. Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, sich bei der Ausgestaltung der Verordnung dafür einzusetzen, dass diese zu einem Vorreiter einer neuen, effizienzorientierten und bürokratiearmen Politik auf europäischer sowie nationaler Ebene wird. In der Umsetzung der Verordnung solle man sich dabei nicht auf einzelne Branchen fokussieren, sondern es sollten technologieoffen alle Wirtschaftszweige einbezogen werden.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/9137 abzulehnen.

Berlin, den 17. Januar 2024

**Der Wirtschaftsausschuss**

**Michael Grosse-Brömer**  
Vorsitzender

**Reinhard Houben**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Reinhard Houben

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/9137** wurde in der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. November 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/9137 stellende Fraktion der CDU/CSU betont, dass die sogenannten sauberen Technologien eine entscheidende Rolle für die Klimawende in Europa spielten und somit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der technologischen Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit leisteten. Mit dem Net-Zero-Industry-Act (NZIA), der Netto-Null-Industrie-Verordnung, hat die Europäische Kommission ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, mit dem Projekte und Unternehmen im Bereich der klimaneutralen Technologien gefördert werden sollen. Die Verordnung sieht dabei vor, durch Bürokratieabbau, die Förderung von Innovation und Forschung sowie die verstärkte Fachkräfteausbildung die Rahmenbedingungen für klimafreundliche Technologien zu verbessern. Die antragstellende Fraktion fordert, dass der NZIA in seiner Ausgestaltung zum generellen Vorreiter für eine effizienzorientierte und bürokratiearme Politik werde. Ziel müsse sein, über die bereits geplanten Maßnahmen hinaus die Rahmenbedingungen für Unternehmen generell und technologieunabhängig zu verbessern. Nur eine breit aufgestellte Wirtschaft führe zu nachhaltigem Wohlstand.

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung daher auf, sich dafür einzusetzen, dass alle mit dem NZIA zusammenhängenden administrativen Prozesse, wie Verfahren für Genehmigungen, Aufnahmeverfahren und Informationsangebote, so digital, transparent und funktional wie möglich umgesetzt werden. Diese Ansprüche müssten auf europäischer wie nationaler Ebene zum Vorbild für eine moderne Verwaltung werden. Mit den erworbenen Erfahrungen sollten die bürokratiearmen Regelungen daher anschließend auf alle Bereiche der Wirtschaft ausgeweitet werden. Der Anwendungsbereich des NZIA müsse alle relevanten Technologien erfassen, einschließlich der Vorprodukte und der für die Produktion notwendigen Maschinen. Kriterium für die Förderung sollte dabei sein, dass durch die Technologie eine signifikante Emissionsersparnis erzielt werden könne. Technologieoffenheit sei hierbei zentral. Eine Förderung sollte zudem von Unternehmensgröße, Geschäftsgebiet und Kapazität unabhängig für alle Unternehmen erreichbar sein, die entsprechende Technologien herstellen. Weiter fordert die antragstellende Fraktion, dass bestimmte Regionen frühzeitig als „Net-Zero-Industry-Valleys“ ausgewiesen werden, um Synergien zwischen verschiedenen Produktionen zu nutzen. Der Aufbau von Strukturen zur Ausbildung von Fachkräften in der Net-Zero-Branche müsse in der Ausgestaltung des NZIA zudem konkretisiert und intensiviert werden. Auf die weiteren Forderungen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU wird verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/9137 in seiner 63. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/9137 in seiner 58. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/9137 in seiner 94. Sitzung am 17. Januar 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/9137 in seiner 66. Sitzung am 17. Januar 2024 abschließend beraten. Der Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (KOM(2023)161 endg.; Ratsdok.-Nr. 7613/23) wurde in die Beratung einbezogen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob die Bedeutung des Net-Zero-Industry-Acts hervor. Die Fraktion hoffe, dass die Verordnung noch innerhalb der laufenden Wahlperiode auf europäischer Ebene in Kraft treten werde. Bei der Ausgestaltung der Verordnung dürfe die Liste der geförderten Net-Zero-Technologien nicht zu eng gefasst sein. Nachdem sich der Rat der Europäischen Union für die Einbeziehung der Atomenergie ausgesprochen habe, stelle sich die Frage, wie sich die Bundesregierung nunmehr positioniere. Für schwer umsetzbar halte die Fraktion die bisher vorgesehenen Regelungen zu Kohlendioxid-Speicherungen.

Die **Fraktion der SPD** lobte die Netto-Null-Industrie-Verordnung als richtige Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA. Der Aufbau und die Förderung einer modernen und klimafreundlichen Industriepolitik sei für Deutschland als Industrieland bedeutend. Auf rein nationaler Ebene sei dieser Schritt nicht umsetzbar, weshalb es einer europäischen Regelung bedürfe. Ein Abschluss in der wenigen verbleibenden Zeit der laufenden Wahlperiode des Europäischen Parlaments sei unbedingt wünschenswert. Die Fraktion stelle sich die Frage, ob ausreichend Mittel der Europäischen Union zur Umsetzung der Verordnung vorhanden seien.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass über die generelle Wichtigkeit des europäischen Vorhabens Einigkeit bestehe, auch wenn man über die Definition der Klimatechnologien unterschiedliche Auffassungen vertrete. Die Fraktion hob hervor, dass Kriterien der Resilienz und Innovationskraft von zentraler Bedeutung seien, um die technologische Souveränität der europäischen Solarindustrie zu sichern. Es stelle sich jedoch die Frage, wie eine einheitliche Anwendung von Resilienz-Kriterien innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sichergestellt werden könne.

Die **Fraktion der FDP** gab zu bedenken, ob eine Vorgabe aus dem Net-Zero-Industry-Act, wonach 40 Prozent der Produktion von Schlüsseltechnologien auf europäische Wertschöpfung entfallen müsse, tatsächlich wünschenswert sei. Man signalisiere damit eine Abschottung, wo offene Märkte doch im Interesse gerade der deutschen Industrie lägen. Auch müsse die Frage gestellt werden, ob man überhaupt technisch in allen Bereichen in der Lage sei, diese Vorgabe umzusetzen.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, dass sämtliches Regierungshandeln im Zeichen einer sozial-ökologischen Transformation stünde, was Wirtschaft und Gesellschaft belastete. Der Net-Zero-Industry-Act sei der Versuch einer Antwort auf den Inflation Reduction Act, mit dem die USA eine ohnehin überlegene Standortattraktivität weiter steigerten. Die Fraktion bezweifelte, dass nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 ausreichende Finanzmittel für einen Subventionswettbewerb mit den USA zur Verfügung stünden.

Der **fraktionslose Abgeordnete Pascal Meiser** wies darauf hin, dass die Einordnung der Atomenergie als strategische Net-Zero-Technologie durch den Rat der Europäischen Union nicht mit der zuvor kommunizierten Position der Bundesregierung im Einklang stehe. Als einen sinnvollen Ansatz, aber gleichwohl sehr ambitioniert, erachtete er die Bestrebung, eine 40-prozentige innereuropäische Produktionsquote zu erreichen.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/9137.

Berlin, den 17. Januar 2024

**Reinhard Houben**  
Berichtersteller